

Bärenpost

Mittendrin: Sören Pellmann

Ihr Leipziger Bundestagsabgeordneter zieht Bilanz

Liebe Leipzigerinnen und Leipziger,

Ende September wird die Legislatur des 19. Deutschen Bundestages mit dessen Neuwahl enden. Gemeinsam mit der Unterstützung von Ihnen und der LINKEN. Leipzig werde ich auch im September dafür kämpfen, das rote Herz Sachsens in Leipzig erfolgreich zu verteidigen. Nach dem Gewinn des Direktmandates im Herbst 2017 will ich diesen Erfolg 2021 wiederholen. Die regierende Koalition hat von Beginn an gezeigt, dass sie keinerlei Visionen für Europa und unser Land hat. In der Coronapandemie hat Schwarz-Rot in mehrfacher Hinsicht versagt. Die gesellschaftliche Spaltung zwischen Reich und Arm wächst seit Monaten massiv.

DIE LINKE ist die einzige Bundestagspartei, die glaubwürdig für soziale Gerechtigkeit kämpft. Das werden wir auch weiterhin tun und zugleich in der nächsten Wahlperiode die Frage beantworten müssen: Wer soll für die Kosten der Krise bezahlen? Unsere Antwort ist klar: Wer viel hat, muss auch mehr dazu beitragen, unter anderem ist die Vermögensabgabe überfällig. Für mich als direkt gewähltem Abgeordneten aus Leipzig, der tagtäglich mit bedrückenden Einzelschicksalen konfrontiert wird, ist der Kampf gegen Kinder- und Altersarmut ganz oben auf der Agenda.

Das Versagen der schwarz-roten Bundesregierung fordert gerade dazu auf einen Kurswechsel nach Links zu vollziehen. Daher werde ich im Wahlkampf wie in den letzten dreieinhalb Jahren auch für eine grundlegende sozial-ökologische Umgestaltung unserer Gesellschaft und einen entsprechenden Politikwechsel kämpfen.

S. Pellmann

Ihr Sören Pellmann



Infektionsschutz

...ist wichtig! Aber nicht so – zum „Nein“ der LINKEN zum neuen Infektionsschutzgesetz



Kaum ein Gesetz hat in dieser Legislatur ein ähnliches Raunen in der Bevölkerung verursacht. Mit dem Entwurf des Infektionsschutzgesetzes versucht die Bundesregierung ihre Fehler nun zu korrigieren. Aber eines vorweg: es gelingt ihr damit nicht.

Linke kritisiert Ministerpräsidentenkonferenz schon lange

Bereits im vergangenen Jahr hat DIE LINKE die Ministerpräsidentenkonferenz, die über Monate die Pandemiebekämpfung leiten sollte, kritisiert. Die Ministerpräsidenten der Länder sollten in diesem Gremium, dass das Grundgesetz im Übrigen nicht kennt, nun die wichtigen Entscheidungen fällen. Nach dem Desaster um die Osterruhe hätte man denken können, dass alle Warnzeichen nun wahrgenommen wurden. Aber das Einzige was dann passierte: nichts! Dieser Weg ist, dass sehen wir heute alle, grandios gescheitert. Vielmehr stehen wir nun einem bundesweiten Flickenteppich gegenüber und keiner weiß wirklich, was bei einer Fahrt in ein anderes Bundesland zu beachten ist. Nach den nunmehr dramatischen Appel-

len der Intensivmediziner und den immer voller werdenden Kliniken, soll es nun dieses Infektionsschutzgesetz richten, welches völlig zweifelhafte Regelungen enthält.

Arbeitsschutz weiterhin völlig unzureichend

Bei der Gestaltung dieses Gesetzes muss sich grundsätzlich gefragt werden: Wo stecken sich Menschen an und welche Maßnahmen sind schließlich verfassungskonform. Studien zeigen auf, dass das Infektionsrisiko insbesondere in geschlossenen Räumen hoch ist. Daraus schließt die Bundesregierung, dass insbesondere im privaten Raum und in den Schulen scharfe Einschränkungen notwendig sind. Ich frage mich jedoch, warum wird der Arbeitsbereich mit Samthandschuhen angefasst? Seit November befinden wir uns in einem „Lockdown light“ und wissen, dass dieser uns in der Pandemie nicht wirklich hilft. Vielmehr hätte es bereits vor Monaten bereits ein konsequentes Eingreifen gebraucht, um die heutige Situation zu verhindern. **Weiter auf Seite 2 ➔**

»Das Einzige was dann passierte: nichts!«

Fortsetzung von S. 1: Gleichzeitig hätte aber auch bedacht werden müssen, dass nach Erkenntnissen der Aerosolforscher das Infektionsrisiko im Freien nahe Null ist. Es ist daher nicht zu verstehen, weswegen Sport oder das Treffen an der frischen Luft auf den Index gerät.

Ausgangssperre ist das völlig falsche Mittel

Mit der Allzweckwaffe Ausgangssperre versucht die Bundesregierung insbesondere die Infektionen zwischen 22 bis 5 Uhr zu reduzieren. Die epidemiologische Wirksamkeit ist jedoch nicht nachgewiesen. Vielmehr verdichtet sich der Kontakt von Menschen beispielsweise in Straßenbahnen auf die Zeit zwischen 5 und 22 Uhr. Die Ausgangssperre kann da auch schnell das Gegenteil bewirken. Noch viel gravierender ist der grundlegende Eingriff in die Grundrechte. Dieser darf aus meiner Sicht nur bei klaren wissenschaftlichen Erkenntnissen erfolgen: Diese fehlen!

Inzidenzwirrwarr, Impfstoffmangel und Maskenskandale

20, 35, 50, 100, 200, 165. All diese Zahlen dienten oder dienen als Grenzwerte. Mit der Einführung der Zahl 165 wurde im

Infektionsschutzgesetz für die Schulen eine neue Kenngröße benannt. Aber was gilt nun bei den anderen Zahlen und ist die Beschränkung auf Inzidenzen der richtige Weg? Meiner Meinung nach muss insbesondere die Situation in den Krankenhäusern eine viel stärkere Rolle spielen. Eine mögliche Regelung entsprechend der Bettenbelegung fällt jedoch dem Inzidenz fetisch der Bundesregierung zum Opfer. Das ist der falsche Weg.

Und die Lösung ist?

Die Lösung der Corona-Krise kann nur heißen: Impfen. Hier sollte der Impfturbo der Bundesregierung bereits gezündet sein. Leider fiel dieser dem Versagen der Bundesregierung zum Opfer. Während sich Abgeordnete der CDU an der Krise in die eigene Tasche wirtschafteten, schien die Besorgung des notwendigen Impfstoffes keine Priorität zu haben. Daher wäre es nun notwendig gewesen, dass die Erhöhung der Produktionskapazitäten beispielsweise durch Freigabe der Lizenzen nun geregelt wird. Die Koalition mauert jedoch weiterhin und meint: Der Markt wird es schon richten! Die Untätigkeit der Koalition kennt jedoch nur einen Gewinner: Das Virus!

Daher wäre bereits vor Monaten ein kon-

sequentes Infektionsschutzgesetz notwendig gewesen. Dieses muss sich vor allem am aktuellen wissenschaftlichen Stand und nicht an den wirtschaftlichen Interessen von Großkonzernen orientieren. Gemeinsam mit meiner Fraktion meine ich, dass dieses Infektionsschutzgesetz den völlig falschen Fokus setzt und mit unzureichenden Maßnahmen agiert. Daher musste ich dieses Gesetz ablehnen. ■



Wohnraum muss bezahlbar bleiben!



Ende Februar 2020 wurde der erste Corona-Infizierte in Deutschland registriert. Seitdem bleibt das Land in einer Starre aus Lockdown und Lockerungen. Aber für einen Bereich scheint es kaum Auswirkungen zu haben: Die Wohnkosten in Leipzig steigen weiter und weiter. Allein im letzten Jahr sind die Mietkosten um fast 8 Prozent auf etwa 8,50 Euro pro Quadratmeter gestiegen. Während die Leipzigerinnen und Leipziger Existenzängste und Lohnkürzungen durch Kurzarbeit verkraften müssen, kennen die Mietpreise weiterhin nur eine Richtung: nach oben!

Die Immobilienwirtschaft kommt damit bisher glänzend durch die Krise. DIE LINKE sagt aber klar: Wohnraum darf kein Luxus sein. Wohnraum gehört allen! Wo DIE LINKE in Regierungsverantwortung ist, hat sie konsequent den Kampf gegen überhöhte Mieten aufgenommen. Mit einem Paukenschlag setzten wir den Mietstopp, festgelegte Mietobergrenzen und die Absenkung von zu hohen

Mieten durch. Nun wird sich zeigen, ob diese Maßnahmen ausreichen, oder doch weiter in Richtung der Enteignung von großen Wohnkonzernen für bezahlbaren Wohnraum gedacht werden muss.

Gleichzeitig kämpfe ich gemeinsam mit unserer Fraktion DIE LINKE im Leipziger Stadtrat für genossenschaftliches Wohneigentum. Die Leipziger Wohnungsbaugenossenschaft muss hierfür weiter gestärkt werden. Insbesondere die aktuellen Zahlen von Sozialwohnungen in Ostdeutschland sind erschütternd. Im Zeitraum von 2015 bis 2019 ist der Anteil der Sozialwohnungen in Ostdeutschland um 43 Prozent gesunken. In Sachsen sind diese Zahlen zwar weitgehend konstant – aber weiterhin nur auf sehr niedrigem Niveau. Wenn Wohnen kurzfristig bezahlbar sein soll, muss hier zwingend mit Hilfe von Bundes- und Landesfördermitteln nachgesteuert werden. Dafür mache ich als starke, soziale Stimme für Leipzig weiter Druck, damit es uns gelingt die Mietpreisspirale zu durchbrechen. ■

43 %

weniger Sozialwohnungen

Schere zwischen Arm und Reich wächst – Steuerreform jetzt!



Die aktuelle Corona-Pandemie sorgt finanziell vor allem für eines: Die Reichen und Superreichen auf der Welt werden immer reicher. Das Gesamtvermögen der 2000 Dollar-Milliardäre stieg weltweit auf den neuen Rekordwert von 10,2 Billionen Dollar! Allein diese Summe ist doppelt so groß wie die gesamte jährliche Wirtschaftsleistung von Deutschland. Diese betrug 2019 nämlich 3,5 Billionen Euro. Nur in Deutschland stieg im vergangenen Jahr das Vermögen der Reichsten auf etwa 600 Milliarden Dollar. Ebenso nahm die Anzahl der Superreichen in Deutschland zu. An den Zahlen zeigt sich sehr deutlich, dass Corona als Beschleuniger des Vermögenswachstums dient.

Auf der anderen Seite kämpfen die Beschäftigten mit den Folgen der Kurzarbeit. Gleichzeitig konnten 2020 in einzelnen Branchen zeitweise Lohnsenkungen um fast 20 % festgestellt werden. Die Schere zwischen Arm und Reich geht da-

»Solidarität darf nicht am Geldbeutel enden!«

durch deutlich weiter auseinander. Daher ist eine Reform des Steuerrechts mehr als überfällig. Mittlere und kleine Einkommen müssen entlastet sowie die Einkommen der Reichen und Superreichen deutlich stärker belastet werden. DIE LINKE hat hierzu ein eigenes Konzept erarbeitet, welches zum Ziel hat, der Spreizung der Schere entgegenzuwirken.

Das Institut für Wirtschaft in Köln hat sich die verschiedenen Steuersystemvorschläge angeschaut und eine Übersicht zu den Konzepten von SPD, Grünen und natürlich LINKEN veröffentlicht. Diese Übersicht vergleicht die Folgen einer Reform im Vergleich zum aktuellen durch CDU und CSU gestützten Steuersystem. Eines wird hierbei besonders deutlich: Keine Partei will soziale Ungerechtigkeit so entschieden bekämpfen wie DIE LINKE. Solidarität darf nicht am Geldbeutel enden, insbesondere bei sehr hohen Einkommen von Reichen und Superreichen. Nur ein gerechtes Steuersystem kann die Spaltung unserer Gesellschaft vermindern! ■

Wirtschaftslobby schlägt Freiheitsrechte!

Seit deutlich über einem Jahr kämpfen wir weltweit mit erheblichen Einschränkungen. Die notwendigen Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie haben nachhaltig in ganze Wirtschaftszweige und weitgehend in unser Privatleben eingegriffen. Auf der anderen Seite läuft die Arbeit in vielen Branchen fast unregelt weiter. Die Streiks bei Amazon in Leipzig zeigen die Missstände bei Lohn und Infektionsschutz direkt vor unserer Haustür.

Die wirtschaftlichen Interessen der großen profitorientierten Unternehmen schlagen nach wie vor die gesellschaftlichen Interessen aller. Anders ist es kaum erklärbar, dass es weder ein Rechtsanspruch auf Homeoffice, einen verpflichtenden Infektionsschutz an wirklichen jedem Arbeitsplatz sowie abschreckende Bußgelder für Verstöße sowie effektive

Kontrollen der Einhaltung des Gesundheitsschutzes gibt.

Die Beschäftigten werden nach wie vor teils einer viel zu hohen Ansteckungsgefahr ausgesetzt. Solange es keine gesundheits- (und damit auch pandemiegerechten) Arbeitsplätze gibt, wird das Infektionsgeschehen in den Betrieben weiterlaufen. Dies bedeutet in der

Folge auch, dass die Corona-Einschränkungen im privaten Raum sicherlich länger bestehen bleiben. Aber warum weigert sich die Bundesregierung die Konzerne nun endlich an die Leine zu nehmen? Der Einfluss der Wirtschaftslobby muss hier endlich ein Ende haben. Nur mit einem vernünftigen Corona-Arbeitsschutz können Infektionen zeitnah am Arbeitsplatz reduziert werden. Zum Schutze aller. ■

»Zum Schutze aller!«





Sören Pellmanns „Kümmerer-Nummer“ erreichbar!

Als direkt gewählter LINKER Bundestagsabgeordneter und Stadtrat verstehe ich mich als Kümmerer für die Leipzigerinnen und Leipziger. In den letzten dreieinhalb Jahren war ich bei hunderten Informationsständen stets ganz nah an den Fragen und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger und konnte dadurch oftmals die Probleme direkt anpacken. Da dies aufgrund der aktuellen Pandemielage derzeit sehr schwierig umsetzbar ist, habe ich eine „Kümmerer-Nummer“ freischalten lassen.

Besonders freue ich mich, dass auf diesem Weg der wichtige Kontakt zur Straße nicht verloren geht. DIE LINKE macht schließlich nicht linke Politik als Selbst-

zweck, sondern wir müssen und werden uns um die sozialen Probleme der Bevölkerung kümmern. Gerade in der Corona-Pandemie werden zu viele Menschen abgehängt und verlieren nach dem vielfachen Systemversagen zugleich das Vertrauen in die Politik. Als Mitglied der Linksfraktion im Deutschen Bundestag sowie im Leipziger Stadtrat, möchte ich dem mit einem ehrlichen Politikangebot und einem direkten Kommunikationskanal entgegenwirken. Daher habe ich mich bewusst dazu entschieden, dieses neue Kontaktangebot der „Kümmerer-Nummer“ ausschließlich persönlich zu bedienen. Sie können mich über WhatsApp, Telegram, Signal oder per SMS erreichen, unter: **0176 / 414 71 385**. ■

**Kümmerer-Nummer:
0176 / 414 71 385**

Wahlkreisbüro Grünau

Stuttgarter Allee 18, 04209 Leipzig

Montag: 9 - 18 Uhr

Dienstag: 9 - 15 Uhr

Mittwoch: 9 - 13 Uhr

Donnerstag: 9 - 18 Uhr

Freitag: 9 - 15 Uhr

Tel.: 0341 / 23 18 440

Mail: soeren.pellmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Süd

Braustraße 15, 04107 Leipzig

Montag: 8 - 12 Uhr

Dienstag: 8 - 14 Uhr

Mittwoch: geschlossen

Donnerstag: 8 - 12 Uhr

Freitag: 8 - 12 Uhr

Tel.: 0341 / 9454 99 96

Mail: soeren.pellmann@bundestag.de

Hinweise zur Pandemie

Die Corona-Pandemie trifft selbstverständlich auch unser Büro. Wir möchten Sie daher auf Folgendes hinweisen:

Bei einer Inzidenz über 100 in der Stadt Leipzig bleiben unsere Büros geschlossen.

Auch wenn die Büros geschlossen sind, besteht täglich von 11-12 Uhr die Möglichkeit im Büro Grünau **Schulaufgaben** zu drucken, zu scannen oder zu kopieren.

Sofern die Büros geöffnet sind, beachten Sie für den Besuch bitte folgende Hinweise:

- Tragen Sie bitte zwingend einen medizinischen Mund-Nasenschutz (bspw. FFP2-Maske).
- Wir sind verpflichtet bei Besuch unseres Büros ihre Kontaktdaten zur Infektionsnachverfolgung zu erfassen. Selbstverständlich löschen wir die Daten DSGVO-konform nach 14 Tagen.



/Linkepelli



@LINKEPELLI



@soerenpellmann

Impressum

Herausgeber: Sören Pellmann (V.i.S.d.P.), Mitglied des Deutschen Bundestags, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktion: Oliver Gebhardt und Klaudia Naceur

Fotos: Titel: Ralf Roletschek, Wikimedia, CC BY-SA 3.0 / S. 1: William Rambow / S. 2: Sören Pellmann / S. 3: Pixabay / S. 4: DIE LINKE. Sachsen

Auflage: 20.000

Gestaltung: William Rambow